

Antrag

**an die 165. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 16. Mai 2014**

Milliardenverluste der Hypo Alpe Adria Bank International AG nicht auf die SteuerzahlerInnen überwälzen

Im März 2014 haben Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler und Finanzminister Dr. Michael Spindelegger dem Vernehmen nach auf Anraten der „Task Force“ unter Vorsitz von Nationalbank Gouverneur Dr. Ewald Nowotny beschlossen, die Hypo Alpe Adria Bank International AG nicht in die Insolvenz zu schicken, sondern mittels „Abbaueinheit“ in die ÖIAG einzugliedern.

Dies ist eine Lösung, die den gesamten Schaden, der aus allen diesen groben Verfehlungen bis hin zu den medial genannten kriminellen Machenschaften auf die österreichischen SteuerzahlerInnen überwälzen soll, während Spekulanten, Anleger und Gläubiger und andere Beteiligte, die mit hohem Risiko diese Bank in dieses in der 2. Republik wohl einzigartige Desaster geführt haben, de facto ungeschoren bleiben. Voll profitieren würden auch die Spekulanten, die in den letzten Wochen Anleihen zu niederen Kursen gekauft haben (u. a. amerikanische Hedgefonds) und nun durch die Entscheidung, die Bank nicht in die Insolvenz zu schicken, wieder bei 100 notieren (vgl. dazu die Aussagen von Univ.-Prof. DDr. Jürgen Huber, Universität Innsbruck, Institut für Finanzen und Banken im „Brief an Tirol“ vom 30. März 2014, abgedruckt in der Tiroler Tageszeitung).

Ebenso bleiben im Fall einer „Abbaueinheit“ eine ganze Reihe von sehr wichtigen Fragen, die ein Insolvenzgericht unter staatsanwaltlicher/richterlicher Arbeit klären kann, offen. Unter anderem auch die sehr wesentliche Frage, ob die Verfassungskonformität des § 5 Abs 2 des Kärntner Landes-Holding-Gesetzes über die Haftung für Verbindlichkeiten der Hypo als Ausfallbürge iS § 1356 ABGB gegeben ist (Hon.-Prof. Dr. Dietmar Czernich LL.M., Juristische Fakultät der Universität Innsbruck und Rechtsanwalt).

In der Arbeitnehmerschaft herrscht in allen Berufsschichten sehr großer Unmut über diese geplante Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung. Art. 1 der Bundesverfassung lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Um also die SteuerzahlerInnen überhaupt erst per Gesetz dazu zwingen zu können, die eingangs geschilderten Verfehlungen bis hin zu kriminellen Machenschaften finanzieren zu müssen, braucht es eine Gesetzesvorlage, die vom Parlament mit der notwendigen Mehrheit beschlossen werden muss.

Die Arbeiterkammer Tirol als gesetzliche Interessensvertretung bekennt sich zur Finanzierung von Gemeinwohl aus Steuergeldern, wie bspw. der Finanzierung von Arbeitsplatzsicherung, Bildung-Forschung-Wissenschaft, Gemeinden, Katastrophenschutz, Ländlicher Raum, ÖPNV, Öffentliche Sicherheit, Soziales (Behinderung, Familien, Gesundheit, Kinder, Pensionen, Pflege, Rettungswesen ...), Vereinswesen, Wohnraumerrichtung etc.. Die Finanzierung des HAA-Desasters ist aus unserer Sicht nicht zum Gemeinwohl zu rechnen.

Die Tiroler Arbeiterkammer ist daher zum Schluss gekommen, diese Vorgangsweise der gesetzlichen Zwangsfinanzierung der Milliarden Schäden der Hypo Alpe Adria Bank International AG im Interesse ihrer MitgliederInnen abzulehnen. Insbesondere in einer Zeit, in der die Österreichische Bundesregierung die längst überfällige Steuerreform und die Beseitigung der „kalten Progression“ umzusetzen hat, um den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort dauerhaft und nachhaltig zu verbessern und abzusichern.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Österreichische Bundesregierung auf, davon Abstand zu nehmen, die Milliardenverluste der Hypo Alpe Adria Bank International AG per Gesetz auf die SteuerzahlerInnen zu verlagern, da Steuergelder gemäß Bundesverfassung „wirtschaftlich, rechtmäßig, sparsam und zweckmäßig und nach Tunlichkeit mit hoher Beschäftigungswirksamkeit und daraus resultierenden hohen Rückflüssen an Steuern und Abgaben zur Finanzierung des Gemeinwohls zu verwenden sind“. Für den Fall, dass die Österreichische Bundesregierung dennoch eine derartige Gesetzesvorlage einbringt, fordert die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol das Parlament und den Bundesrat auf, keiner Gesetzesvorlage zuzustimmen, welche die Milliarden schulden der Hypo Alpe Adria Bank International AG auf die SteuerzahlerInnen überwälzt und damit die Möglichkeiten der Realisierung einer längst überfälligen Steuerreform inklusive der Beseitigung der „kalten Progression“ hintanstellt.

Em. J. [Signature]